

„Der Sächsische Landtag in Europa“

Rede des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler zur Eröffnung des Verbindungsbüros des SLT in Brüssel 7. September 2016

(Anrede)

Vielen Dank für den freundlichen Empfang. Ich bin sehr erfreut, heute hier in Brüssel zu sein – im Herzen der Europäischen Union. Die Europäische Union, meine Damen und Herren, sie ist vieles: Sie ist der Bruch mit der Vergangenheit und die friedliche Einigung der Völker Europas. Sie ist das erfolgreichste europäische Staatenprojekt der Geschichte. Sie ist für uns alle die einzige realistische Option, wegweisend das Weltgeschehen im 21. Jahrhundert mitzubestimmen. Und: Sie ist, wie Kommissionspräsident Juncker festgestellt hat, „in keinem guten Zustand“. Denn die EU ist momentan auf der Suche nach ihren Grenzen, nach außen, vor allem aber nach innen. Euro-Krise, Flüchtlings-Krise und der Ausgang des britischen Referendums rufen neben den Staats- und Regierungschefs insbesondere die europäischen Bürgergesellschaften dazu auf, darüber nachzudenken, wie wir das Zusammenleben auf unserem Kontinent künftig gestalten wollen.

Heinrich von Brentano bezeichnete einmal jene europäische Politik als „erfolgloses Unternehmen“, die auf „Kosten der berechtigten nationalen Interessen“ der Mitgliedsländer verwirklicht würde. Stattdessen müsse „Vielfalt in der Einheit“ das Ziel europäischer Integrationspolitik sein.

Meine Damen und Herren, in einem vereinten Europa sind und bleiben die Nationalstaaten und die Regionen die politische Heimat der Bürger. Der von ihnen ausgehende Pluralismus stabilisiert auch die EU, wenn

auf ihrer Basis besonnen europäische Politik gestaltet wird. Nationale und regionale Egoismen wird es dabei immer geben, entscheidend ist am Ende deren Ausgleich. Dasselbe gilt für Egoismen, die die europäische Einheit pauschal, das heißt auf Kosten berechtigter nationaler und regionaler Interessen, über die Vielfalt stellen. Wir haben in den letzten Monaten schmerzlich sehen müssen, wohin beides führt.

Nation, und auch Region, sowie Integration sind in meinen Augen keine Gegensätze, sofern sie klug austariert werden. Dies bedingt jedoch vor allem eine auf europäischer Ebene weit stärker als bislang ausgeprägte Subsidiaritätskultur sowie die „Achtung der nationalen Identität der Mitgliedsstaaten“¹ und der Regionen. Es setzt aber auch den seriösen Dialog zwischen Brüssel und den Regionen voraus, den wir als Sächsischer Landtag künftig stärker führen möchten.

Wir brauchen daher nicht nur ein engeres Zusammenwirken zwischen den Regionen und der EU, vielmehr brauchen wir ein stärkeres Einwirken der Regionen auf die EU. Es gilt die Vielfalt in der Einheit zu erhalten und zu befördern. Ich bin mir sehr sicher: Das Ziel eines „immer engeren Zusammenschlusses der europäischen Völker“ wird von den Bürgern nur dann mitgetragen, wenn sich die europäischen Institutionen auf das Wesentliche konzentrieren und in ihrem eigenen Interesse dabei den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit folgen. Der Mehrwert einer europäischen Regelung gegenüber nationalen oder regionalen Lösungen muss klar ersichtlich sein. Es freut mich, dass die Kommission diese Auffassung mittlerweile teilt und seit 2014 Schritte in die richtige Richtung unternommen hat.

¹ Hans Hugo Klein: Den EU-Staaten Souveränität zurückgeben, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. August 2016.

Die deutschen Landesparlamente sind gelebte Subsidiarität. Sie wissen, was am besten vor Ort und was besser übergeordnet geregelt werden kann. Landesparlamente sind nah an den – zumeist regionalen – Problemen der Menschen. Ihre Abgeordneten sind näher am Bürger, als dies andere Parlamentarier sein können. Schließlich sind die Länder die zentralen Akteure, wenn es um die Umsetzung europäischen Rechts geht. Sie sind die Seismographen, die aufzeigen, wie EU-Politik die Bürger erreicht und wie sich europäische Regelungen auf das Leben der Menschen vor Ort auswirken. Und es ist vorrangig die regionale Ebene, auf der die europäische Integration den Bürgern näher gebracht wird. Der Sächsische Landtag bringt sich deshalb aktiv in die europäische Politik ein – engagiert, manchmal kritisch, aber immer konstruktiv. Und wohlgerne tut er das als demokratisch gewähltes Verfassungsorgan, nicht als irgendein Lobbyist.

Meine Damen und Herren, Sachsen liegt im Herzen Europas und ist Teil eines freien Mitteleuropas, das über Jahrhunderte hinweg in besonderer Weise Kultur und Wissenschaft, Wirtschaft und Politik unseres Kontinents geprägt hat. Der Freistaat pflegt deshalb traditionell enge Beziehungen zu Polen, Tschechien, Österreich, der Slowakei und Ungarn. Vor diesem Hintergrund war es mir 2011 ein Herzensanliegen, das „Forum Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag“ ins Leben zu rufen. Mit seinen jährlichen Tagungen bietet es eine Dialogplattform, um sich über die Fragen auszutauschen, die für die Zukunft Mitteleuropas in der EU zentral sind: Freiheit und Bürgergesellschaft, Solidarität, die Bedeutung mitteleuropäischer Kultur und Tradition sowie Mitteleuropa als Wertegemeinschaft. Besonders freut es mich, dass wir diesen Dialog in Kooperation mit mitteleuropäischen Parlamenten führen – etwa mit dem tschechischen Senat, dem Landtag von Niederösterreich oder der

Ungarischen Nationalversammlung, bei der wir am 23. September mit unserer diesjährigen Konferenz zu Gast sein werden.

Dialog ist das eine, Einfluss das andere. Ein Großteil der Gesetze, die wir als Sächsischer Landtag beschließen, ist durch europäisches Recht vorgeprägt. Umso wichtiger ist es für uns, über die Geschehnisse auf EU-Ebene frühzeitig im Bilde zu sein. Deshalb haben wir uns entschlossen, neben unserem Mitwirken im Ausschuss der Regionen und der CALRE ein eigenes Verbindungsbüro in Brüssel einzurichten. Wir sind davon überzeugt, dass das Verstärken der sächsischen Repräsentanz bei der EU durch unseren Referenten Thomas Starke der Europäisierung des Landtags Rechnung trägt und der Europafähigkeit unseres Freistaates nur gut tun kann. Ich freue mich daher umso mehr über die enge Zusammenarbeit, die sich in der kurzen Zeit zwischen Ihrem Haus, Herr Kuhl, und unserem Verbindungsbüro etabliert hat.

Die deutschen Länder verfügen – im Unterschied zu vielen Regionen Europas – über Staatsqualität. Gemessen an ihrer Einwohnerzahl entsprechen viele von ihnen mittelgroßen EU-Staaten. Sie wirken folgerichtig mit Fug und Recht über den Bundesrat an der europäischen Rechtssetzung mit und nehmen ihre Interessen in Brüssel wahr.

Wir als Landesparlament wollen die Möglichkeiten, die der Lissabonner Vertrag uns bei der europäischen Politikgestaltung und Rechtssetzung bietet, stärker als bisher nutzen – als eine Art „Integrationswächter“. Das betrifft in erster Linie das Frühwarnsystem und damit verbundene Fragen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Uns geht es dabei neben Informationen über europapolitische Entwicklungen vor allem um die Wahrung landesgesetzgeberischer Interessen und Spielräume, um die

Abwehr ungerechtfertigter Eingriffe und Einschränkungen sowie – das möchte ich ausdrücklich betonen – um einen produktiven Dialog.

Parallel wollen wir unsere Kontakte und Informationsnetzwerke auf EU-Ebene ausbauen. Der Sächsische Landtag ist das achte deutsche Landesparlament, das dies mit einem Verbindungsbüro in Brüssel tut. Nicht in Konkurrenz oder Abgrenzung zu den existierenden Vertretungen, vielmehr in enger Kooperation und zum gegenseitigen Nutzen. Unser Europareferent Thomas Starke wirkt dabei als Kommunikator in Brüssel sowie zwischen Brüssel und Dresden. Nicht zuletzt ist das Verbindungsbüro des Sächsischen Landtags Ansprechpartner in Brüssel für sächsische Abgeordnete aller Ebenen.

Wissen Sie, im Volksmund heißt es: Wer nicht anklopft, der wird auch nicht reingelassen. Das ist so falsch nicht, denn er wird nicht gehört. Lieber Herr Starke, klopfen Sie nur an, lassen Sie hier in Brüssel vom Sächsischen Landtag hören. Dafür wünsche ich Ihnen gutes Gelingen und der Sächsischen Vertretung wünsche ich weiterhin viel Erfolg.

Vielen Dank.